

VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

verbraucherzentrale

Bundesverband

Ausgabe 4 | 5. bis 18. Februar 2018

INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
- Terminvorschau

ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

Ende des Geoblockings beim Online-Erwerb von Waren und Dienstleistungen

Das EU-Parlament billigte am 6. Februar 2018 den Vorschlag für eine Verordnung über „Maßnahmen gegen Geoblocking und andere Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden innerhalb des Binnenmarkts.“ Die neuen Vorschriften machen Schluss mit dem sogenannten „Geoblocking“. Verbraucher werden bald selbst wählen können, auf welcher Website sie Waren oder Dienstleistungen erwerben, ohne dass sie aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit, ihres Wohnsitzes oder sogar ihres vorübergehenden Aufenthaltsortes blockiert oder automatisch auf eine andere Website umgeleitet werden. Anbieter müssen Online-Käufer aus einem anderen EU-Land genauso behandeln wie einheimische Kunden, das heißt ihnen Zugang zu gleichen Preisen oder Verkaufsbedingungen gewähren. Anbieter sind aber nicht verpflichtet, ins Ausland zu liefern.

Digitale urheberrechtlich geschützte Inhalte wie E-Books, Musik, Online-Spiele oder audiovisuelle und Transportdienstleistungen fallen vorerst nicht unter die neuen Regeln. Die EU-Kommission ist jedoch verpflichtet, innerhalb von zwei Jahren zu prüfen, ob das Verbot von Geoblocking auf solche Inhalte ausgeweitet werden sollte.

Der EU-Ministerrat muss der Verordnung noch zustimmen, Dies gilt als Formsache, da in informellen Gesprächen eine Einigung der Institutionen erzielt worden ist. Die neuen Vorschriften werden neun Monate nach der Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft treten.

Impressum

Verbraucherzentrale
Bundesverband e.V.

Markgrafenstraße 66
10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel
Isabelle Buscke
isabelle.buscke@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter
nehmen wir gerne entgegen.

Dem Chef der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) Klaus Müller geht die Geoblocking Verordnung nicht weit genug. „Es ist bedauerlich, dass sich das Europäische Parlament nicht mit einem Verbot des Geoblockings bei urheberrechtlich geschützten Inhalten durchsetzen konnte“, kritisierte Müller in einem Gespräch mit der Neuen Osnabrücker Zeitung. „Langfristig muss es das Ziel sein, dass Kunden in allen Produktkategorien genauso einfach grenzüberschreitend in der EU einkaufen können wie in ihrem Heimatland“, forderte Müller.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180202IPR97022/online-shoppen-ohne-grenzen>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2018-0023+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<https://www.noz.de/deutschland-welt/gut-zu-wissen/artikel/1016542/verbrauerschuetzer-mueller-geoblocking-verbot-auch-fuer-urheberrechtlich-geschuetzte-inhalte>

BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR

1. Energie-Innovationen erfordern Mitwirkung der Verbraucher

Das EU-Parlament verabschiedete am 6. Februar 2018 eine Reihe von Empfehlungen zur Förderung von sauberer Energie. Die Europaabgeordneten stellen fest, dass bei der Einführung von Energie-Innovationen auch die Mitwirkung der Verbraucher erforderlich ist. Sie unterstreichen die Bedeutung neuer Geschäftsmodelle, die sich innovativer digitaler Technologien bedienen, um unter anderem die Eigenerzeugung, die Speicherung, den Austausch und den Eigenverbrauch von sauberer Energie vor Ort zu optimieren und den Zugang zu erneuerbaren Energieträgern auch für die von Energiearmut betroffenen Haushalte zu verbessern.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2018-0026+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. EU-Kommission plant neue Energiekennzeichnung für Haushaltsgeräte

Die EU-Kommission startete am 13. Februar 2017 eine öffentliche Konsultation zum Ökodesign und zur Energiekennzeichnung von Kühlschränken, Geschirrspülmaschinen, Waschmaschinen, Fernsehern, Computern und Lampen. Im Jahr 2017 wurden die Bestimmungen zur Energiekennzeichnung überarbeitet. Damit wurde die Energiekennzeichnung wieder auf die ursprünglichen Klassen

A-G zurückgeführt. Nach dieser ersten Neuskalierung setzt ein Mechanismus ein, der bei Überschreitung bestimmter Schwellen (z.B. 30 Prozent aller angebotenen Produkte in Energieeffizienzklasse A oder 50 Prozent aller angebotenen Produkte in den Klassen A und B) eine automatische Neuskalierung in Gang setzt. Im Rahmen der Überarbeitung geht es um die neue Festlegung der konkreten Bestimmungen für Produktgruppen. Alle Interessierten können sich zur Überarbeitung der Kennzeichnungsmaßnahmen äußern. Ausdrücklich angesprochen sind auch Verbraucherorganisationen. Beiträge werden bis 7. Mai 2018 erbeten.

https://ec.europa.eu/info/consultations/evaluation-and-review-ecodesign-and-energy-labelling-regulations-energy-labels_de

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

1. Europäische Zentralbank für Regulierung von virtuellen Währungen

In einer Rede am 8. Februar 2018 in London warnte Yves Mersch, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, vor den sogenannten „virtuellen Währungen“. Aktuell befänden sich mehr als 1.500 virtuelle Währungen in Umlauf und jeden Monat kämen etliche neue hinzu, darunter zahlreiche Initial Coin Offerings (ICOs). Alles in Allem handele es sich bei virtuellen Währungen um einen klassischen Schönheitswettbewerb, bei dem Anleger das kaufen, was in ihrer Wahrnehmung andere als das attraktivste Investment ansehen. Wie bei einem Schneeballsystem hofften diese Anleger dabei auf zukünftige Kurssteigerungen und gingen davon aus, dass sich immer ein noch Dümmerer findet, an den sie ihr Investment verkaufen können, bevor es zum unvermeidbaren Zusammenbruch kommt.

Kritisch zu sehen seien insbesondere Investmentfonds und börsengehandelte Fonds (ETFs), die in Bitcoin und andere Kryptowährungen anlegen. Die US-Börsen- und Wertpapieraufsicht SEC habe in einem Schreiben an zwei Branchenverbände im vergangenen Monat angemahnt, „dass erst eine ganze Reihe von Anlegerschutzfragen geklärt sein müssen, bevor grünes Licht für den Vertrieb dieser Fonds an Privatanleger gegeben werden kann“.

Virtuelle Währungen seien kein Geld und werden es auch auf absehbare Zeit nicht sein. Ihr Marktanteil sei noch immer gering. Dies könne sich jedoch ändern. Für Aufsichtsbehörden und Gesetzgeber bestehe daher dringender Handlungsbedarf, um die potenziellen Risiken zu begrenzen, die sich aus einem steigenden Volumen an Transaktionen in virtuellen Währungen ergeben könnten.

<http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2018/html/ecb.sp180208.de.html>

2. Europäische Finanzaufsichtsbehörden warnen Verbraucher vor virtuellen Währungen

Die europäischen Finanzaufsichtsbehörden für Wertpapiere (ESMA), Banken (EBA) und Versicherungen (EIOPA) warnten am 12. Februar 2018 Verbraucher vor Risiken beim Kauf virtueller Währungen. Dies seien hochriskante und unregulierte Produkte. Sie eigneten sich nicht für Investitionen oder zur Bildung von Sparguthaben. Eine wachsende Zahl von Verbrauchern kaufe derartige Währungen, ohne sich der Risiken bewusst zu sein. Virtuelle Währungen wie Bitcoin unterlägen extremen Preisschwankungen. Es gebe klare Anzeichen für die Bildung von Preisblasen. Verbraucher müssten sich darüber im Klaren sein, dass ein hohes Risiko für einen großen Verlust oder sogar einen Totalverlust besteht. Es gebe keinen Verbraucherschutz wie bei regulierten Finanzdienstleistungen. Kein europäisches Gesetz schütze etwa vor Verlusten beim Ausfall von Handelsplattformen oder bei Diebstahl durch Cyberangriffe.

<http://www.eba.europa.eu/-/esas-warn-consumers-of-risks-in-buying-virtual-currencies>

<http://www.eba.europa.eu/documents/10180/2120596/Joint+ESAs+Warning+on+Virtual+Currencies.pdf>

3. Aufschub für Umsetzung der Richtlinie zum Versicherungsvertrieb

Der EU-Ministerrat und das EU-Parlament haben in informellen Gesprächen eine Einigung über ein späteres Inkrafttreten und eine spätere Umsetzung der Richtlinie zum Versicherungsvertrieb erzielt. Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung des EU-Parlaments billigte diese Einigung am 8. Februar 2018. Für den EU-Ministerrat bestätigten die EU-Botschafter am 14. Februar 2018 diese Einigung. Mit der Richtlinie zum Versicherungsvertrieb soll der Verbraucherschutz bei Versicherungsprodukten verbessert werden. Die Richtlinie soll derzeit ab dem 23. Februar 2018 gelten, wobei die Mitgliedstaaten bis zu diesem Datum Zeit haben, sie in nationale Gesetze und Rechtsvorschriften umzusetzen. Auf Grundlage eines Vorschlags der EU-Kommission wurde jedoch beschlossen, die Frist für die Umsetzung bis zum 1. Juli 2018 zu verlängern und den Beginn der Anwendung auf den 1. Oktober 2018 zu verschieben.

Die Änderungsrichtlinie muss noch vom EU-Parlament und dem EU-Ministerrat förmlich verabschiedet werden. Das EU-Parlament wird am 1. März 2018 hierüber abstimmen.

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/02/14/insurance-rules-delay-approved-by-council-on-14-february-2018/>

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5965-2018-INIT/en/pdf>

GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

EU-Prüfer untersuchen Politik für Lebensmittelsicherheit

Der Europäische Rechnungshof führt derzeit eine Prüfung der EU-Politik für Lebensmittelsicherheit durch. Die Prüfer werden untersuchen, ob das von der Europäischen Union (EU) angewandte Modell der Lebensmittelsicherheit auf einer soliden Grundlage beruht und die in der EU konsumierten Lebensmittel in der Praxis tatsächlich vor chemischen Gefahren schützt.

In Bezug auf Lebensmittelsicherheit bestünden drei Arten von Gefahren, nämlich physikalische, biologische und chemische Gefahren. Prüfungsschwerpunkt werde das Kontrollsystem für chemische Gefahren sein - also für Giftstoffe, die natürlich vorkommen oder bei der Erzeugung oder Handhabung von Lebensmitteln zugefügt werden. Dabei handele es sich beispielsweise um Reinigungsmittel, Pestizide und bestimmte Metalle.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INBP_FOOD_SAFETY/INBP_FOOD_SAFETY_DE.pdf

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/BP_FOOD_SAFETY/BP_FOOD_SAFETY_EN.pdf

TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET

1. Social-Media-Unternehmen müssen EU-Verbraucherschutzregeln einhalten

Social-Media-Unternehmen halten die EU-Verbraucherschutzbestimmungen noch immer nicht vollständig ein. Das geht aus den am 15. Februar 2018 veröffentlichten Änderungen der Nutzungsbedingungen von Facebook, Twitter und Google+ hervor. Trotz Verbesserungen müssen sich die Unternehmen nach Ansicht der EU-Kommission stärker bemühen, den Verbraucherschutzbestimmungen der EU nachzukommen. Das betreffe beispielsweise die mangelnde Information der Nutzer über Entfernungen von Inhalten oder Vertragskündigungen. In anderen Bereichen müssten Verbraucher nun nicht mehr auf ihre Rechte verzichten, etwa auf die Möglichkeit, von einem Kauf im Internet zurückzutreten. Europäische Nutzer von sozialen Medien erhielten auch die Möglichkeit, Beschwerden in Europa anstatt in Kalifornien einzureichen.

Während die jüngsten Vorschläge von Google den Forderungen der Verbraucherschutzbehörden entgegengekommen seien, seien Facebook und insbesondere Twitter auf wichtige Fragen zu ihrer Haftung und dazu, wie Nutzer über die

mögliche Entfernung von Inhalten oder Vertragskündigungen informiert werden, nur teilweise eingegangen. Die nationalen Verbraucherschutzbehörden und die EU-Kommission würden die Umsetzung der bekannt gegebenen Änderungen überwachen. Sie würden sich dabei auf illegale kommerzielle Inhalte konzentrieren, mit denen Verbraucher zum Abschluss unerwünschter Abonnements verleitet werden sollen und sonstige betrügerische Praktiken. Die EU-Kommission werde im April 2018 neu gestaltete Rahmenbedingungen für Verbraucher vorstellen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180215-kommission-fordert-social-media-unternehmen-einhaltung-der-eu-verbraucherschutzregeln_de

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-761_de.htm

http://ec.europa.eu/newsroom/just/item-detail.cfm?item_id=614254

2. Leichter Zugang Sehbehinderter zu urheberrechtlich geschützten Werken

Der EU-Ministerrat hat am 15. Februar 2018 dem Vertrag von Marrakesch über den Zugang blinder und sehbehinderter Personen zu veröffentlichten Werken seine Zustimmung erteilt. „Mit dem heutigen Beschluss wird die EU in die Lage versetzt, den Vertrag von Marrakesch ab dem kommenden Sommer zu ratifizieren. Dies ist überaus wichtig für die EU, da uns dieser Vertrag dabei hilft, diskriminierende Barrieren für den Zugang von Menschen mit Behinderungen zu kulturellem Material zu überwinden“, erklärte Boil Banov, bulgarischer Minister für Kultur und Vorsitzender des EU-Ministerrats.

Am 13. September 2017 hat der EU-Ministerrat Bestimmungen für die Durchführung angenommen, durch die im Einklang mit dem Vertrag von Marrakesch die neue verbindliche Ausnahme vom Urheberrecht in das EU-Recht aufgenommen wird. Die begünstigten Personen und Organisationen dürfen somit Kopien von Werken in zugänglichen Formaten – in Braille-Schrift, Hörbüchern oder Großdruck – anfertigen und sie in der EU sowie in Drittländern, die Vertragsparteien des Vertrags sind, verbreiten.

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/02/15/marrakesh-treaty-on-access-to-published-works-for-blind-and-visually-impaired-persons-council-authorises-ratification/>

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12629-2017-INIT/de/pdf>

WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB

1. EU-Chemikalienagentur findet Hunderte von Verbraucherprodukten mit Schadstoffbelastung

Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) veröffentlichte am 14. Februar 2018 einen Bericht über Inspektionen in 27 europäischen Ländern. Der Bericht zeigt, dass bei 4.599 geprüften Artikeln 18 Prozent nicht die Grenzwerte der EU-Chemikalienverordnung (REACH) einhielten. Jedes fünfte Spielzeug (20 Prozent) wies eine unzulässige Konzentration von Phtalaten auf. In 14 Prozent des Hartlötfüllmaterials fand sich zu viel Kadmium. In einer Reihe von Artikeln, die meist gebraucht erstanden worden sind, fand sich Asbest, beispielsweise in katalytischen Heizgeräten, Thermosflaschen und Bremsbelägen. In Lederwaren fanden sich hohe Konzentrationen von Chrom VI (13 Prozent der überprüften Erzeugnisse) und bei Schmuck hohe Konzentrationen von Kadmium (12 Prozent der untersuchten Artikel). Die meisten Verstöße, mit 39 Prozent der betreffenden Proben, gab es bei Produkten mit unklarer Herkunft, gefolgt von Importen aus China mit 17 Prozent der Proben der entsprechenden Artikel.

<https://echa.europa.eu/de/-/inspectors-find-phthalates-in-toys-and-asbestos-in-second-hand-products>

https://echa.europa.eu/documents/10162/13577/ref_4_report_en.pdf/b53f5cd9-64a4-c120-1953-e9e176b9c282

2. Vorschlag zur Senkung der Migrationsgrenzwerte für Aluminium in Spielzeug

Der Ausschuss für Gesundheit, Umwelt- und neu auftretende Risiken der EU-Kommission (SCHEER) veröffentlichte am 17. Januar 2018 seine endgültige Stellungnahme über Toleranzgrenzen für die Aufnahme von Aluminium. Der Ausschuss empfiehlt, die duldbare tägliche Aufnahmemenge für Aluminium auf 0,3 Milligramm je Kilogramm Körpergewicht pro Tag festzulegen, von denen maximal 10 Prozent aus Spielzeug stammen dürfen. Aluminium könne vor allem dann aus Spielzeug gelöst werden, wenn Kleinkinder Spielzeug in den Mund nehmen und darauf kauen oder daran lutschen: Diese Menge an migriertem Aluminium müsse der Aufnahmemenge hinzugefügt werden, die aus anderen Quellen stammt. Da die aus Quellen wie z. B. Nahrung aufgenommenen Mengen bereits die täglichen Grenzwerte überschreiten können, empfiehlt der Ausschuss, die zusätzliche Exposition gegenüber Aluminium aus Spielzeug auf ein Minimum zu begrenzen.

https://ec.europa.eu/health/health-eu-newsletter-207-focus_de

TERMINVORSCHAU

Rat

Rat Landwirtschaft und Fischerei (19. Februar 2018)

Überarbeitung der Bioökonomie-Strategie der EU und Rolle des Agrarsektors (Aussprache); Mitteilung der Kommission „Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft“ (Aussprache); EU-Eiweißplan (Informationen der Kommission).

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (19. Februar 2018)

Reform der europäischen Finanzaufsichtsbehörden.

Ratsarbeitsgruppe „Technische Harmonisierung“ (19. Februar 2018)

Harmonisierung von Produktzulassungen (Warenpaket).

Ratsarbeitsgruppe „Freunde der Präsidentschaft“ (19. Februar 2018)

Information und Datenschutz (Vorbereitung des Trilogs).

Rat Wirtschaft und Finanzen – Ecofin (20. Februar 2018)

Nachhaltiges Finanzwesen: Empfehlungen der Hochrangigen Sachverständigen-Gruppe (Gedankenaustausch).

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (20. Februar 2018)

Reform der Bankenaufsicht.

Ratsarbeitsgruppe „Energie“ (20. Februar 2018)

Gasrichtlinie.

Ratsarbeitsgruppe „Geistiges Eigentum“ (20. Februar 2018)

Durchsetzung von Urheberrechten.

Ratsarbeitsgruppe „Geistiges Eigentum“ (21. Februar 2018)

Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt.

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (21. Februar 2018)

Europäischer elektronischer Kommunikationskodex.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (22. Februar 2018)

Aufsicht über Wertpapierinstitute.

Horizontale Gruppe „Fragen des Cyberraums“ (22. Februar 2018)

Verordnung über die „EU-Cybersicherheitsagentur“ (ENISA).

Rat allgemeine Angelegenheiten (27. Februar 2018)

Verordnung über Geoblocking; Richtlinie zur Überarbeitung des Emissionshandlungssystems (EHS).

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (27. Februar 2018)

Paneuropäisches Altersvorsorgeprodukt (PEPP).

Ratsarbeitsgruppe „Wein und Alkohol“ (2. März 2018)

Begriffsbestimmung, Aufmachung und Kennzeichnung von Spirituosen sowie Schutz geografischer Angaben für Spirituosen.

Europäisches Parlament

Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (19./20. Februar 2018)

Aussprache mit der Kommission über den Einsatz von Cannabis in der Medizin; Einwände gegen die Zulassung von Genmais; Aussprache über die Gesundheitstechnologiefolgenabschätzung mit Kommissar Vytenis Andriukaitis; Beendigung von Tierversuchen für kosmetische Mittel weltweit; Aussprache über die Umsetzung des Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft mit Kommissionsvizepräsident Jyrki Katainen.

Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (19./20. Februar 2018)

Europäische Strategie für kooperative intelligente Verkehrssysteme; Anhörung zu den Rechten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr in der EU; Sicherstellung des Wettbewerbs im Luftverkehr; Aussprache mit der Kommission über den Bericht über den Jahresbericht 2016 über die Durchführung der Verordnung über gemeinsame Vorschriften für die Sicherheit in der Zivilluftfahrt.

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (21./22. Februar 2018)

Öffentliche Anhörung zum Thema „Nachhaltige Finanzierung“; Jahresbericht über die Wettbewerbspolitik.

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (21./22. Februar 2018)

Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (Abstimmung über die im Verlauf der interinstitutionellen Verhandlungen erzielte vorläufige Einigung); Paket zum Elektrizitätsbinnenmarkt (Abstimmungen über Aufnahme von Verhandlungen mit dem EU-Ministerrat); Europäischer Aktionsplan zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen im Rahmen des Konzepts „Eine Gesundheit“; Freier Fluss nicht personenbezogener Daten in der EU; Öffentliche Anhörung zum Thema „Gestaltung des Erdgasmarkts“; Arbeitstagung: „Nationale Strategien für erneuerbare Energiequellen: Energieeffizienz, Gebäuderenovierung und Eigenverbrauch“; Gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt.

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (21./22. Februar 2017)

Verträge über die Bereitstellung digitaler Inhalte (Berichterstattung über die laufenden interinstitutionellen Verhandlungen); Verordnung über die „EU-Cybersicherheitsagentur“ (ENISA); Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr (Neufassung); Verträge über Online-Warenhandel und andere Formen des Fernabsatzes von Waren (Abstimmung über Aufnahme von interinstitutionellen Verhandlungen); Aussprache mit Binnenmarkt-Kommissarin Elżbieta Bieńkowska und Kommissarin Mariya Gabriel, für Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien zuständiges Mitglied der Kommission.

Rechtsausschuss (21./22. Februar 2018)

Kollektive Rechtsbehelfe in der EU: Stand der Dinge und nächste Schritte (Anhörung); Verträge über die Bereitstellung digitaler Inhalte; Vorschriften für die Wahrnehmung des Urheberrechts und verwandter Schutzrechte in Bezug auf bestimmte Online-Übertragungen von Rundfunkveranstaltern und die Weiterverbreitung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen (Berichterstattung an den Ausschuss); Workshop zu dem Thema „Gezielte Text- und Datenauswertung“.

Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (21./22. Februar 2018)

Europäische Strategie zur Förderung von Eiweißpflanzen – Förderung des Anbaus von Eiweißpflanzen und Hülsenfrüchten in der europäischen Landwirtschaft; Vorstellung des Sonderberichts Nr. 21/2017 mit dem Titel „Die Ökologisierung: eine komplexere Regelung zur Einkommensstützung, die noch nicht ökologisch wirksam ist“ durch Samo Jereb, Mitglied des Europäischen Rechnungshofs; Doppelqualität von Erzeugnissen auf dem Binnenmarkt; Europäischer Aktionsplan zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen im Rahmen des Konzepts „Eine Gesundheit“; Die Zukunft des Nahrungsmittelsektors und der Landwirtschaft (Aussprache).

Ausschuss für Kultur und Bildung (21./22. Februar 2018)

Audiovisuelle Mediendienste (Berichterstattung über die laufenden interinstitutionellen Verhandlungen); Strukturierter Dialog mit Kommissarin Mariya Gabriel; Öffentliche Anhörung zu dem Thema „Strukturelle und finanzielle Hürden bei Zugang zu Kultur“; Workshop zu dem Thema „Schutz von Minderjährigen im digitalen Zeitalter.“

Fischereiausschuss (26./27. Februar 2018)

Durchführung von Kontrollmaßnahmen zur Feststellung der Übereinstimmung von Fischereierzeugnissen mit den Kriterien für den Zugang zum EU-Markt; Aktueller Stand und künftige Herausforderungen bei der Entwicklung einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen europäischen Aquakulturbranche.

Plenum (28. Februar/1. März 2018)

Begriffsbestimmung, Aufmachung und Kennzeichnung von Spirituosen sowie Schutz geografischer Angaben für Spirituosen; Perspektiven und Herausforderungen für den Bienenzuchtsektor in der EU; Bankenunion – Jahresbericht 2017; Späterer Geltungsbeginn der Umsetzungsmaßnahmen der Versicherungsvertriebsrichtlinie; Bilaterales Abkommen zwischen der EU und den USA über Aufsichtsmaßnahmen für die Versicherung und die Rückversicherung.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Fachgruppe Wirtschafts- und Währungsunion, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt (28. Februar 2018)

Stellungnahme zur Vollendung der Bankenunion.

Ausschuss der Regionen

Fachkommission für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur (21. Februar 2018)

Förderung des Breitbandausbaus in Europa.

Fachkommission für Kohäsionspolitik und EU-Haushalt (27. Februar 2018)

Bewertung der Umsetzung der EU-Städteagenda (Initiativstellungnahme); Verwirklichung emissionsarmer Mobilität.

Europäischer Gerichtshof

Schlussanträge in der Rechtssache C-44/17 (22. Februar 2018)

Verwendung des Wortes „Glen“ für Whisky aus Deutschland.

Schlussanträge in der Rechtssache C-632/16 (22. Februar 2018)

Energiekennzeichnung von Staubsaugern.

Mündliche Verhandlung in den verbundenen Rechtssachen C 84/17 P, T 85/17 P und T 95/17 P (22. Februar 2018)

Markenstreit um dreidimensionale Form von Kit Kat 4 Finger.

Europäisches Gericht

Urteile in den Rechtssachen T 85/16 und T 629/16 (1. März 2018)

Markenstreit zwischen adidas und dem belgischen Unternehmen Shoe Branding Europe um zwei Streifen auf Schuhen.

Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Newsletter verfasst von

Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)